

# **Grüne Global Governance**

## **Internationale Regulierung und Kooperation im globalen Interesse**

Fraktionbeschluss vom 12. November 2008

### **I. Einleitung: Internationale Politik in gemeinsamer Verantwortung**

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts muss die Politik neue Formen der internationalen Zusammenarbeit finden. Nur in multilateraler Verantwortung können wir die globalen Herausforderungen bewältigen. Klimawandel, Rohstoffkrise und Welternährungskrise, globale Ungerechtigkeit, weltweite Armut und Ausgrenzung, neuer Rüstungswettlauf und weltweite nukleare Aufrüstung – kein Risiko lässt sich für sich lösen und kein Risiko lässt sich von einem Staat allein lösen. Folgerichtig müssen wir die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeiten auf multilateraler Ebene stärken. Ziel grüner Außenpolitik sind durchsetzungskräftige Institutionen und Gremien für menschliche Sicherheit weltweit: Für die Freiheit in Würde zu leben, die Freiheit von Angst und die Freiheit von Not.

#### **Global Governance**

Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen die Voraussetzungen für eine internationale Demokratisierung und mehr globale Zusammenarbeit günstig. Gleichzeitig brachten die 90er Jahre eine rasante Entwicklung in der Weltwirtschaft und der globalen Kommunikation mit sich, die scheinbar die Welt näher zusammenrücken ließ. Die Welt als globales Dorf oder der Begriff Weltinnenpolitik beschreiben diese Sichtweise. Grundlegende Reformen der globalen Institutionen oder eine Stärkung der Vereinten Nationen blieben aber aus. Die USA traten in den Bush-Jahren mit globalem Gestaltungsanspruch und unilateraler Politik auf. Im Licht der Kaukasuskrise 2008 wurde jüngst sogar ein Revival geostrategischer Konzepte bis hin zur Möglichkeit neuer Kalter Kriege beschworen.

Die internationalen Organisationen und Dialogforen spiegeln unverändert die "alte" Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg wider. Mit der politischen Neuordnung der Welt im 21. Jahrhundert muss eine Reform der Global Governance einhergehen. Staaten wie Brasilien, China, Indien und Russland (BRIC-Staaten) wollen eine stärkere Rolle in der Gestaltung von Global Governance spielen. China ist bereits jetzt die drittgrößte Volkswirtschaft. In Kürze werden allein Brasilien, Russland, Indien und China zusammengerechnet mehr zum Wachstum der Weltwirtschaft beitragen als die G8-Mitglieder USA, Japan, Deutschland, Großbritannien und Italien. Wir fordern die Verantwortung aller – alter wie neuer Akteure – für gerechte Globalisierung ein.

Wir wollen die Neuordnung der Global Governance nicht dem Recht des Stärkeren überlassen, sondern die internationale Kooperation durch Verrechtlichung und gemeinsame Verhandlungslösungen stärken und ausbauen. Die Globalisierung muss politisch gestaltet werden.

#### **"Regulierung" in aller Munde**

Seit der Finanzkrise in den USA (Subprime-Krise) und ihren schwerwiegenden Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte wird rund um den Globus neuerdings die Regulierung dieser Märkte gefordert. Der Glaube, dass die Globalisierung von selbst in ihre Bahnen finden wird, hat die Ungleichheit in der Welt massiv verstärkt.

Nicht nur die Finanzkrise, sondern auch die Welternährungskrise hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt. Die Zahl der bedrohlich unterernährten Menschen wird nach Prognosen der neuen Hunger-Task-Force der Vereinten Nationen die 1-Milliarde-Grenze bald überschreiten. Neben strukturellen Ursachen hat auch die rücksichtslos profitorientierte Spekulation mit Agrarrohstoffen und Böden durch Investmentbanken und Spekulanten zu dieser Krise beigetragen und die Nahrungsmittelpreise weltweit in die Höhe getrieben.

Die Welternährungs- und die Finanzkrise haben eindrucksvoll die Verquickung der globalisierten Wirtschaft und damit auch ihre Anfälligkeit deutlich gemacht. Die Folgen der jüngsten Finanzkrise werden mit mindestens 1,4 Billionen Dollar Wertverlust beziffert (IWF) und werden die Weltwirtschaft stark ausbremsen. Für die Entwicklungs- und Schwellenländer wird dies zu ökonomischen und sozialen Verwerfungen führen.

Eine noch größere Herausforderung stellt der Klimawandel dar. Ohne globale Lösungsansätze für den Klimawandel und die anhaltende Verschwendung der natürlichen Ressourcen werden Bedrohungen und Kosten entstehen, welche die Auswirkungen der Finanzkrise um ein Vielfaches in den Schatten stellen: Eine laufende EU-Studie "Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität" (TEEB) beziffert die Kosten der Folgen des globalen Raubbaus an der Natur zu Lasten der Artenvielfalt bis zum Jahr 2050 auf bis zu zwei Billionen Euro. Der Verlust globaler öffentlicher Güter und Werte geht besonders zu Lasten der Menschen in armen Ländern.

Für die zentralen globalen Fragen gilt es, wirksame Antworten und Paradigmen für eine effektive globale Regulierung zu finden. Der Klimawandel kann nicht alleine in Europa bekämpft werden, sondern nur gemeinsam mit China, Indien und den USA. Ein faireres und gerechteres Welthandelssystem ist auf eine multilaterale Verhandlungslösung angewiesen. Die Bekämpfung von Hunger und Armut braucht verstärkte internationale Anstrengung für einen gemeinsamen Paradigmenwechsel. Ein weniger krisenanfälliges Finanzsystem kann nur durch verstärkte internationale Kooperation etabliert werden. Um zu einem "globalen Interessenausgleich" zu kommen, brauchen wir mehr denn je einen wirksamen Multilateralismus, funktionierende Institutionen und ein neues Bewusstsein globaler Kooperation.

## **Globale Gerechtigkeit**

Wir Grüne halten fest an der Vorstellung einer gerechteren Welt, die sich in Zukunft auch durch eine Neuordnung der globalen Institutionen und globaler Machtverteilungen ausdrücken muss. Die Reform von Institutionen wie der UNO ist langwierig, der mögliche Neubau von Institutionen noch ungewiss. Umso vordringlicher ist es, Reformen für Global Governance auf allen Ebenen und mit konkreten Projekten voranzutreiben. Die drängenden globalen Fragen dulden keinen Aufschub. Den globalen Herausforderungen müssen wir jetzt gerecht werden.

## **II. Kernbereiche der globalen Regulierung: Klimaschutz, Finanzarchitektur, Handel, Friedenssicherung, Menschenrechte und Entwicklung**

### **1. Governance im Bereich Klimaschutz und Energie**

#### **Globale Herausforderung**

In seinem Bericht "Die Ökonomie des Klimawandels" hat Sir Nicholas Stern nachgewiesen, dass der Klimawandel das größte Marktversagen ist, das es jemals gab. Die Kosten des Klimawandels bis

Mitte des Jahrhunderts werden auf jährlich mindestens fünf Prozent des Weltsozialprodukts beziffert. Die Ursache des Klimawandels liegt in der übermäßigen Nutzung wie Verschwendung fossiler Energien.

Der Klimawandel verschärft schon heute die globale Armut durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen. Ein ungebremster Klimawandel könnte zu noch größeren Verteilungskonflikten, massenhafter Umweltmigration und Destabilisierung von Staaten oder ganzen Regionen führen.

Ungleicher Zugang und Verteilung der globalen Ressourcen bergen Spannungsrisiken. Noch immer verbrauchen 15 Prozent der Weltbevölkerung 60 Prozent des Rohöls und Erdgases und mehr als die Hälfte anderer endlicher materieller Ressourcen. Fast 4 Mrd. Menschen haben heute keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu Energie.

Zugleich erhöht der ökonomische Aufstieg neuer weltpolitischer Akteure dramatisch die Nachfrage nach materiellen Ressourcen. Schon heute fragt China 25 Prozent der Basismetalle nach. Öl- und Gasreserven sind endlich und befinden sich im Wesentlichen in wenigen ressourcenreichen Ländern im Nahen und Mittleren Osten, Russland sowie Südamerika. Im Vergleich zu 2006 wird bis 2030 die Nachfrage nach Öl weltweit um fast 40 Prozent steigen. Hauptleidtragende dieser Entwicklung sind die rohstoffarmen und am wenigsten entwickelten Länder.

### **Grüne Vision: Klima- und Ressourcengerechtigkeit**

Die Begrenzung des Klimawandels kann nur gemeinsam gelingen. Die Emissionen der Schwellenländer nehmen rapide zu. Schon jetzt emittiert China ebensoviel CO<sub>2</sub> wie die USA. Dabei liegen die Pro-Kopf Emissionen in China noch weit unter denen der Industrieländer. Die Schwellenländer verweisen zu Recht darauf, dass der Reichtum der Industrieländer wesentlich auf deren jahrzehntelangen Emissionen zu Lasten aller beruht. Sie können daher erwarten, dass diese Länder ihnen helfen, eine andere, nachhaltige Entwicklung zu mehr Wohlstand zu erreichen.

Wir brauchen Klimagerechtigkeit im Wege einer gerechten und solidarischen Lastenteilung. Darüber gibt es bisher noch keinen globalen Konsens. Klimapolitik und das Recht auf Entwicklung müssen mit den klimabezogenen Reduktionszielen in Einklang gebracht werden.

Die gewaltsame Durchsetzung von Ressourceninteressen ist nicht akzeptabel, der Zugang zu Ressourcen muss kooperativ gesichert werden. Alle Menschen haben ein gleichermaßen legitimes Interesse an und Recht auf Rohstoffe und Energie. Gerechte lokale und regionale Verteilung und Zugang zu Ressourcen und wo möglich globale vertragliche Regelungen sind deshalb die beste Krisenprävention.

Ressourcenreichtum erweist sich immer wieder als Ressourcenfluch. Verantwortungsvolle Ressourcen-Governance setzt auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte in den Exportländern. Dafür müssen Transparenzinitiativen wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und Publish What You Pay endlich unterstützt werden.

### **Globale Institutionen und Steuerungsinstrumente**

Die UN-Umweltbehörde UNEP reicht in Anbetracht der vielfältigen Herausforderungen längst nicht mehr aus. Eine schlagkräftige UN-Umweltorganisation UNEO muss geschaffen werden, die auch im Energiebereich zentrale Verantwortung übernehmen kann. Wir brauchen durchsetzungskräftige institutionelle Strukturen für multilaterale Energiepolitik, die Liefer-, Transit- und Verbraucherländer zusammenbringen.

Um den globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Ressourcenkrise zu begegnen, bedarf es eines völkerrechtlich verbindlichen Klimaregimes. Wir brauchen ein "Kyoto Plus"-Abkommen unter dem Dach der VN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) mit der konkreten Zielvorgabe, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Zentrales Instrument zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls in Europa ist der Emissionshandel. "Kyoto Plus" muss diesen weltweit ausdehnen. Flug- und Schiffsverkehr müssen in "Kyoto Plus" eingeschlossen werden.

Ohne eine globale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung werden wir weder die Klimaschutzziele erreichen noch die globale Armut überwinden. Dafür müssen die Industriestaaten ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie müssen die Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel unterstützen.

Erneuerbare Energien müssen global gefördert werden, Hindernisse wie Zollbarrieren müssen abgebaut werden. Stromeinspeisungsregelungen nach deutschem Vorbild haben sich besonders bewährt. Die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) die im Januar 2009 in Bonn gegründet werden soll, wird den Erneuerbaren Energien eine starke Stimme geben. Erneuerbare Energien werden schon in wenigen Jahren in vielen Einsatzbereichen kostengünstiger als fossile und atomare Energien sein.

Atomkraft ist keine Lösung: Sie bleibt eine absolute Hochrisikotechnologie. Außerdem produziert sie ausschließlich Strom und verschleudert 70 Prozent der Energie als Abwärme. Die Klimabilanz eines Atomkraftwerks ist daher schlechter als die eines modernen gasbetriebenen Blockheizkraftwerks. Ohnehin trägt Atomkraft nur zu 2,5 Prozent zur Deckung des Weltendenergiebedarfs bei – schon deshalb können AKW nicht spürbar zum Schutz des Klimas beitragen.

Die Nutzung von Biotreibstoffen kann eine Alternative sein und einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten, allerdings nur dann, wenn Biotreibstoffe nachhaltig produziert werden. Ernährungssicherheit und der Schutz der biologischen Vielfalt können langfristig nur mit Hilfe von verbindlichen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien für die gesamte Agrarproduktion gewährleistet werden. Diese müssen auf internationaler Ebene entwickelt und durchgesetzt werden. Dringend erforderlich ist ein wirksames Zertifizierungssystem mit Kontrollmechanismen.

## **2. Reformen des internationalen Finanzsystems**

### **Krise der globalen Märkte und Finanzarchitektur**

Die von den USA ausgegangene derzeitige Finanzmarktkrise wird lang anhaltende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und Konjunktur haben. Alle internationalen Krisenzeichen wurden ignoriert, nicht nur die US-Regierung hat versagt - weder die internationalen Finanzorganisationen, noch die G8, noch Europa haben wirksame Reformen und dringend notwendige Regulierungsansätze umgesetzt.

Abenteuerliche und unkontrollierte Finanztransaktionen und -produkte haben die Krise verstärkt. Rating-Agenturen haben dazu beigetragen und die Krise mit verursacht, weil ihre Ratings nicht dem tatsächlichen Bonitätsrisiko der eingestufteten Wertpapiere entsprachen. Mit faulen Krediten bepackte Wertpapierkonstruktionen erhielten die höchsten Ratings. Trotz ihres großen Einflusses agieren Rating-Agenturen selbst völlig unkontrolliert.

## **Neuansätze in der Finanzarchitektur: Institutionen und Instrumente**

Finanzmarktentwicklungen machen vor nationalen Grenzen nicht halt. Die aktuelle Krise macht den Bedarf nach einer funktionierenden globalen Finanzarchitektur deutlich. Auch Schwellenländer wie China und Brasilien sind stark betroffen, obwohl sie nicht zu den Hauptverursachern zählen. Die überkommenen Strukturen des IWF und der Weltbank mit von den USA und Europa gestellten Leitungspersonen und Unterrepräsentation der Entwicklungsländer sind angesichts der globalen Verschiebungen anachronistisch. Bisherige Veränderungen und Reformen waren weitgehend Makulatur. Legitimität kann nur entstehen, wenn alle Mitgliedstaaten angemessen repräsentiert sind.

Wir brauchen eine verbesserte Aufsicht über Großbanken und die internationalen Finanzmärkte. Ein europäisches System der Finanzaufsicht, welches auch dem Anlegerschutz verpflichtet ist, muss etabliert werden. Unverantwortliche, von der Realwirtschaft abgehobene Finanzprodukte und –strategien müssen beendet werden. Eine Rahmenordnung für Rating-Agenturen ist dringend erforderlich. Diese muss ebenso international festgeschrieben werden wie eine effektive Regulierung von Hedgefonds. Die Eigenkapitalvorschriften der Banken (Basel II) müssen überarbeitet, verschärft und ausgedehnt werden. Nach dem Vorbild von Basel II brauchen wir international vereinbarte Regeln, die dann in nationales Recht umgesetzt werden.

Steueroasen hintertreiben Finanzaufsicht und effektive Regulierung. Wir fordern: Ende der Toleranz gegenüber Steueroasen, und das auch in der EU. Erst wenn die EU selbst glaubwürdig agiert und Finanzoasen in Europa trocken legt, wird sie in internationalen Gremien erfolgreich sein.

Auf europäischer Ebene sollte eine Finanzumsatzsteuer eingeführt werden. Bereits ein Steuersatz von 0,01 Prozent wäre ein Schritt nach vorn. Mit den Einnahmen der Finanzumsatzsteuer würde der Finanzsektor, der die aktuelle Krise zu verantworten hat, einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens liefern.

Wir brauchen eine erneute Diskussion über die Einführung globaler Abgaben zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Förderung der Entwicklungsziele und zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Internationale Finanzierungsinstrumente, wie die Kerosinsteuer, eine Finanzumsatzsteuer in Europa, eine globale Börsen- und Devisentransaktionsteuer (Tobin Tax) könnten erhebliche Ressourcen dafür schaffen. Sie wären ein wertvolles politisches Steuerungsmittel. Es gilt, die Finanzwirtschaft an die Realwirtschaft zu koppeln

## **3. Für eine fairere und gerechtere Welthandelsordnung**

### **Doha-Runde ohne Ende**

Seit nunmehr sieben Jahren wird in Genf ohne Erfolg im Rahmen der so genannten Welthandelsrunde, die auch "Entwicklungsrunde" genannt wird, verhandelt. Erklärtes Ziel ist es, zu einer besseren, entwicklungsfreundlichen Integration von Entwicklungs- und Schwellenländern in den Weltmarkt beizutragen.

Bisher konnte kein Konsens gefunden werden. Lange Zeit waren die Industrieländer die bestimmenden Akteure im internationalen Handelssystem. Die aktuellen Regeln des Welthandelssystems bevorzugen sie. Auch Deutschland profitiert als eines der größten Exportländer der Welt vom Weltmarkt. Zwischenzeitlich haben sich neue Konstellationen wie die G20 gebildet, ein Zusammenschluss von Schwellenländern, zu denen unter anderem China, Indien und Brasilien gehören. Kleinere Entwicklungsländer arbeiten ebenfalls enger zur Wahrung ihrer Interessen zusammen. Die Zeiten, in denen eine Welthandelsrunde schon dann abgeschlossen werden konnte, wenn sich die USA und Europa einig waren, gehören der Vergangenheit an.

## **Gerechtere und transparentere Welthandelsordnung**

Seit Jahren erleben wir eine weltweite Zunahme des Handels, unter anderem getrieben durch die hohen Wachstumsraten und den "Ressourcenhunger" der großen Schwellenländer. Wir setzen uns für eine fairere und gerechtere Welthandelsordnung ein. Das setzt aus grüner Sicht voraus, dass alle Teilnehmer von multilateralen und transparenten Handelsregeln profitieren. Multilaterale Abkommen sind eher geeignet, zu einem fairen Interessenausgleich zu kommen. Bilaterale Abkommen können zu Blockbildung und Abgrenzung führen. Gerade kleinere und ärmere Länder geraten hier leicht unter die Räder.

## **Institutionen und Governance-Ansätze**

Die Welthandelsrunde muss erfolgreich abgeschlossen werden. Am Ende soll ein verbesserter Marktzugang in allen Bereichen auch für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern stehen – sofern sie unter Beachtung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards produziert werden. Im Agrarbereich müssen handelsverzerrende Subventionen deutlich verringert werden und alle Formen der Exportsubventionierung bis spätestens 2010 abgeschafft werden. Das Dumping von Lebensmitteln auf den Märkten der Entwicklungsländer muss ohne Wenn und Aber zügig beendet werden.

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist eine durch ihre breite Mitgliedschaft von 153 Staaten legitimierte Organisation. In ihrem jetzigen Zustand ist sie aber nicht in der Lage, auf die neuen Herausforderungen wie den Klimawandel und die Agrarkrise zu reagieren. Besonders die schwächeren Entwicklungsländer müssen gestärkt werden. Dazu sieht das Regelwerk der WTO die Möglichkeit vor, "spezielle und besondere Regeln" zu vereinbaren. So müssen Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, ihre sich noch im Aufbau befindende Industrie, ihren Dienstleistungssektor und vor allem ihre Landwirtschaft vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen.

Wir wollen erreichen, dass die Regeln des Abkommens zum Schutz geistigen Eigentums nicht den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten behindern. Das gilt auch für die Produktion von Generika, die im Kampf gegen HIV/Aids, Tuberkulose und andere schwere Krankheiten eingesetzt werden. Patentrechte dürfen KleinbäuerInnen und Indigenen in Entwicklungsländern nicht den Zugang zu traditionellem Saatgut und Heilpflanzen erschweren. Und es müssen internationale Anreize gesetzt werden, um die Arzneimittelforschung gegen die vernachlässigten Krankheiten der Armen – wie etwa Flussblindheit – in Gang zu bringen.

Wir wollen ökologische und soziale Standards stärken und sicherstellen, dass sie nicht durch die Regeln des Welthandelssystems unterlaufen werden. Internationale Umweltabkommen dürfen nicht durch Handelsregeln unterminiert werden. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden, beispielsweise in der Fischerei. Die EU-Fischerei ist nicht nur umweltschädlich, sondern zerstört auch die Existenzen der lokalen FischerInnen. Bei den sozialen Standards geht es insbesondere um das Durchsetzen der Standards der acht Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der internationalen Konventionen im Bereich von Bürgerrechten, Frauenrechten und multilateralen Umweltabkommen. Parallel zur Stärkung sozialer und ökologischer Standards im Welthandelssystem existieren eine Reihe freiwilliger Ansätze zur Förderung von Standards.

Transnational agierende Unternehmen müssen ihre globale Verantwortung wahrnehmen. Der Global Compact ist ein Ansatz, um die Unternehmensverantwortung zu erhöhen, aber er kann kein Ersatz für rechtlich verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards und Menschenrechtsnormen für transnationale Firmen sein.

## **4. Grüne Vision: Nachhaltige Friedenssicherung und Menschenrechtsschutz**

### **Globale Herausforderungen**

Globalisierung ohne Regeln befördert Konflikte und Kriege. Denn der Klimawandel, der Kampf um Ressourcen, das regional und lokal zunehmende Wohlstandsgefälle in Verbindung mit fehlender demokratischer Mitbestimmung schaffen Unsicherheit und Instabilität. Klima- und Ressourcenkriege wie im Sudan und der Demokratischen Republik Kongo sind eine Folge.

Das Leben vieler Menschen wird heute weniger durch zwischenstaatliche Kriege gefährdet als vielmehr durch inner- und nichtstaatliche Gewalt, Flucht, Krankheit, Mangel an Ressourcen wie auch unkontrollierten Waffenhandel, Proliferation und die Globalisierung terroristischer Aktivitäten.

### **Mehr Sicherheit für alle Menschen und Primat der Krisenprävention**

Friedenssicherung bedeutet nicht den Schutz von Staaten, sondern die gemeinsame Sicherheit für alle Menschen (Human Security) und die Chance auf ein menschenwürdiges Leben, frei von Not und Furcht. Das schließt nichtmilitärische und langfristige Gefährdungen mit ein. Dabei gilt für uns das Primat der zivilen Krisenprävention, das erst durch umfassende zivile Friedenskapazitäten glaubwürdig und wirksam wird.

### **Menschenrechte im Zentrum**

Die in der VN-Menschenrechtscharta international anerkannten Menschenrechte sind Ziel und Maßstab unserer Vorstellungen von der Verbesserung globalen Regierens. Dabei bedarf dieses Ziel sowohl einer Weiterentwicklung der Normen als auch einer operativen Menschenrechtspolitik zum Schutz aller Menschen weltweit und einer Verankerung der Menschenrechte in allen Politikbereichen.

Gerade mit Ländern mit Demokratiedefiziten muss der Dialog über die Menschenrechte aufrechterhalten werden. Dort, wo Menschenrechte massiv verletzt werden, muss dies unmissverständlich kritisiert werden. In Ländern wie China, in denen tief greifende soziale Umwälzungsprozesse im Gange sind, gilt es nicht nur Probleme zu identifizieren, sondern durch Dialog und Kooperation Lösungsansätze und Verbesserungen voranzutreiben.

### **Stärkung der UNO statt Liga der Demokratien**

Für die Förderung von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Nachhaltigkeit weltweit sind die Vereinten Nationen unverzichtbar. Die immensen Herausforderungen unter den Bedingungen der Globalisierung erfordern eine starke und handlungsfähige UNO. Die Stärke der Vereinten Nationen liegt dabei in ihrer universalen Legitimation – alle 192 Mitgliedsstaaten nehmen an den politischen Prozessen innerhalb der Vereinten Nationen teil. Darin liegt zugleich auch ihre Schwäche, da Entscheidungsprozesse oft mühsam und langwierig sind. Die Zersplitterung und Überkomplexität der Vereinten Nationen mit ihren zum Teil unüberschaubaren Unterorganisationen muss überwunden werden.

Unter anderem der republikanische US-Präsidentschaftskandidat John McCain hatte im Wahlkampf die unter Politikwissenschaftlern diskutierte Idee der "Liga der Demokratien" aufgegriffen. Deren Mehrwert ist äußerst fraglich. Im Gegenteil würde eine solche Liga zu einer neuen Blockbildung führen und Global Governance behindern. Die Demokratien der Welt arbeiten bereits heute eng miteinander und führen einen stetigen Dialog. Der Herausforderung undemokratischer und autoritärer

rer Staaten gilt es im Rahmen der Vereinten Nationen durch effektive und multilaterale Diplomatie zu begegnen.

## **5. Friedens-Governance: Institutionen und Instrumente**

### **Reform der UNO-Institutionen**

Mittelfristig müssen innerhalb der Vereinten Nationen die Ressourcen zur Friedenssicherung gestärkt und die Fähigkeiten zur Krisenprävention verbessert werden. Derzeit leisten fast 110.000 VN-Friedenssicherungskräfte aus 160 Ländern in 20 Missionen ihren Dienst, darunter auch PolizistInnen und zivile ExpertInnen. Der Finanzumfang entspricht mit sechs Milliarden Dollar 2008 nur einem halben Prozent der weltweiten Militärausgaben. Damit die UNO ihren gewachsenen Aufgaben gerecht werden kann, braucht sie mehr finanzielle Mittel und vor allen Dingen mehr und gut ausgebildetes Personal.

Wenn die Stabilisierung von Staatlichkeit zu den größten Herausforderungen zählt, dann müssen Einrichtungen der Vereinten Nationen wie das Department of Peacekeeping Operations (DPKO) oder die Peace Building Commission (PBC) gestärkt und handlungsfähiger gemacht werden. Hierbei sollten auch die EU und Afrikanische Union als regionale Systeme kollektiver Sicherheit gemäß Kapitel VIII der VN-Charta gestärkt und besser eingebunden werden.

Der Sicherheitsrat spiegelt die Realität des Jahres 1945, aber nicht die Realität von heute wider. Nach dem Scheitern der unter rot-grüner Regierungsverantwortung angestrebten Reformvorschläge muss ein neuer Anlauf genommen werden. Wir glauben, dass die diskutierten Modelle, die den bisher ausgeschlossenen Kontinenten Afrika und Lateinamerika sowie zentralen Beitragsstaaten im VN-System wie Indien und Deutschland ständige Sitze zuteilen wollen, auch weiterhin verfolgt werden sollten. Im Vordergrund grüner Reformvorstellungen steht eine gerechtere Zusammensetzung des VN-Sicherheitsrates. Langfristig wollen wir Grüne einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat und ein Ende der zu dauernden Blockaden führenden Vetomöglichkeit (z.B. Einführung qualifizierter Mehrheiten).

Regionalorganisationen wie die OSZE, die als multilaterale Sicherheitsorganisation den gesamten euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt, können einen wichtigen Beitrag für präventives, nachhaltiges Krisenmanagement leisten. Auch die NATO bleibt als Element der transatlantischen Sicherheitskooperation relevant, bildet aber nicht die richtige Ebene, um der Vielzahl der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen.

### **Menschliche Sicherheit verwirklichen**

Um Menschen besser zu schützen, wurden einige positive institutionelle Neuerungen geschaffen, die gestärkt werden müssen: Der Internationale Strafgerichtshof macht es möglich, dass Kriegsverbrecher zur Rechenschaft gezogen werden. Chancen und Instrumente des neu geschaffenen Menschenrechtsrats müssen weiter ausgestaltet werden, um das Hauptziel einer effektiveren Menschenrechtspolitik endlich zu erreichen.

Mit dem Konzept "Responsibility to Protect" (R2P) wurde nach den schwierigen Erfahrungen in den 90er Jahren wie Bosnien oder Ruanda 2001 ein globales Konzept entwickelt, um das Dilemma zwischen nationalstaatlicher Souveränität und dem Schutz von Bevölkerungen aufzulösen. Das im Rahmen des Schlussdokuments des VN-Weltgipfels 2005 gebilligte Konzept muss gestärkt, weiter global diskutiert und verrechtlicht werden, um zu einem wirksamen völkerrechtlichen Schutzmechanismus zu werden.

## **Abrüstungsregime stärken**

Internationale Vereinbarungen zur Abrüstung müssen vorangetrieben und umgesetzt werden. Die weltweiten Militärausgaben sind von 2001 bis 2007 um mehr als 30 Prozent auf ein Jahresniveau von ca. 1,3 Billionen US-Dollar gestiegen. Deutschland hat weltweit den sechstgrößten Rüstungsetat und ist drittgrößter Waffenexporteur. Eine restriktivere und parlamentarisch transparente Rüstungsexportpolitik ist notwendig. Rüstungsexporte dürfen nicht mehr durch staatliche Garantien im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung abgedeckt werden. Die Vertragspflichten im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrag (NVV) müssen eingehalten und das Verifikations- und Sanktionsregime weiterentwickelt werden.

## **6. Armutsbekämpfung und Entwicklung**

### **Wachsende Armut**

Die Globalisierung verschärft die Spaltung der Erde in Regionen ungleicher Entwicklung. Fast die Hälfte aller Menschen muss heute von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Durch fehlenden Zugang zu Nahrung, Wasser, Energie und minimaler Gesundheitsversorgung kommen täglich Zehntausende zu Tode.

Die Vereinten Nationen haben mit den Millennium-Entwicklungszielen (MDG) das Ziel formuliert, den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, bis 2015 wenigstens zu halbieren. Dabei sollen die Rechte von Frauen gestärkt werden. Wesentlich für das Erreichen der MDG ist, dass die OECD-Länder ihre finanziellen Zusagen einlösen. Diese haben versprochen, zur Unterstützung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit 0,7 Prozent ihres jährlichen Brutto-sozialproduktes einzusetzen.

### **Governance-Ansätze**

Die bereits beschriebenen notwendigen Fortschritte und Regulierungen im Bereich der Handels- und Finanzgovernance wie der Abbau von Subventionen, institutionelle Reformen oder die Nutzung neuer internationaler Finanzierungsinstrumente sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung. Entschuldungsinitiativen, die Streichung illegitimer Schulden und die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts sind weitere wichtige Beiträge zur Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder.

Global Governance muss sich an den Bedürfnissen vor Ort orientieren und die Menschen vor Ort erreichen. Der afrikanische Kontinent wird nur einen dauerhaften Aufschwung erleben, wenn lokale Entwicklung und Landwirtschaft, wenn Handel und Unternehmertum, wenn gute politische und wirtschaftliche Führung gestärkt werden. Die Afrikanische Union hat mit der kontinentalen Entwicklungsstrategie (NePAD) dazu den Rahmen für Eigeninitiativen und für die Kooperation mit Entwicklungspartnern vorgegeben.

Die Welternährungskrise ist ein strukturell bedingtes und daher kein vorübergehendes Problem. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise in den vergangenen Monaten hat das Hauptproblem in Entwicklungs- und Schwellenländern noch dramatisch verschärft. Die Welternährungskrise hat mehrere Ursachen: Die gestiegene Nachfrage durch veränderte Ernährungsgewohnheiten in Asien, der Anstieg des Ölpreises, die Vernachlässigung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern, der verstärkte Anbau von Pflanzen für die Energiegewinnung, Agrarsubventionen und der Klimawandel gehören dazu. Spekulationen auf Rohstoffe haben diese Entwicklung auf fatale Weise verstärkt. Sie müssen dringend reguliert werden. Die Lösung der Krise bedarf sowohl schneller Soforthilfe als

auch konsequenter und dauerhafter Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Das Recht auf angemessene Ernährung ist ein Menschenrecht, das Vorrang hat vor handels-, agrar-, energie- und finanzpolitischen Interessen.

### **III. Zukunft der G8?**

Die bisher beschriebenen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts können nicht mit den Institutionen des 20. Jahrhunderts bewältigt werden. Auch in der Diskussion über die Stabilisierung des Finanzsystems wird aktuell darüber nachgedacht, eine formell andere Form der Zusammenarbeit zu etablieren.

Der "Heiligendamm-Prozess" bei dem mit China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika ("O5") auf und zwischen den Gipfeln über Klima und Energiefragen sowie über Fragen der Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik diskutiert wird, reicht nicht aus. Eine formale Erweiterung der G8 zu einer G13 mit denselben Staaten würde Staaten umfassen, in denen 56 Prozent der Weltbevölkerung leben, die 70 Prozent des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaften und verantwortlich sind für mehr als drei Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gleichwohl ist eine solche Erweiterung sowohl innerhalb der G8 wie auch bei Staaten umstritten, die ggf. hinzukämen.

Wir unterstützen den Vorschlag für ein Global Leaders Forum unter dem Dach der Vereinten Nationen, genauer des ECOSOC, den das vom VN-Generalsekretär eingerichtete "Highlevel Panel on Systemwide Coherence" in seinem Bericht zur Reform der UNO 2006 vorgelegt hat: In einer solchen L27-Gruppe wären mit 27 Staaten alle Weltregionen vertreten. Damit wäre eine inklusive Diskussion und Entscheidungsfindung gewährleistet.

Eine L27 wird nur längerfristig erreichbar sein. Deshalb stellt sich die Frage, welche kurzfristigen Alternativen zur Verbesserung internationaler Entscheidungsfindung machbar sind. Wen lädt man zum Beispiel zur Weltfinanzkonferenz ein, um angemessen über eine neue Form der internationalen Finanzarchitektur beraten zu können? Deshalb wird neuerdings auch über andere Formen der Governance nachgedacht, die eher Netzwerkcharakter hätten. Der Weltbankpräsident Robert Zoellick hat vorgeschlagen, kein festes Modell multilateraler Kooperation zu etablieren, sondern eine "Steering Group" mit nicht exakt festgelegter Zahl einzurichten. Pragmatisch sollten neben wichtigen Staaten - er denkt dabei an die G20 (FinanzministerInnen) - Internationale Organisationen (Weltbank, Währungsfonds, WTO) und VertreterInnen von NGO, aber auch des Privatsektors an Foren beteiligt werden. Dieses wäre ein pragmatischer Ansatz, der allerdings keine universelle Legitimität beanspruchen kann.

### **IV. Die globale Rolle Deutschlands und der Europäischen Union**

Außenpolitik gestaltet sich immer mehr als vernetzte und multidimensionale Herausforderung, der nur eingeschränkt mit klassischen nationalstaatlichen Instrumenten begegnet werden kann. Gefragt ist Politik, die ressortübergreifend und themenorientiert umgesetzt werden kann.

Deutschland muss in verschiedenen Politikfeldern mit positivem Beispiel vorangehen: Wer international für Abrüstung eintreten will, muss seine eigenen Bestände an Streumunition und Landminen vernichten und Rüstungsexporte eindämmen. Wer verantwortungsvolle Maßnahmen gegen den Klimawandel fördern will, muss den Ausbau erneuerbarer Energien und ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz im eigenen Land vorantreiben.

Wir wollen eine starke Europäische Union als globale Akteurin, die sich weltweit für den Frieden, für eine gerechte und nachhaltige Globalisierung und die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt. Wir unterstützen nachdrücklich die weitere Integration der EU und die Schaffung einer wirklichen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Das Europäische Parlament muss daran gleichberechtigt beteiligt werden. Im Mittelpunkt der GASP muss eine zivile Außenpolitik stehen, die an die Charta der Vereinten Nationen gebunden ist. Mit ihrer Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik kann sie unmittelbar zur Verbesserung von Governance-Standards beitragen.

Es ist zu begrüßen, dass die EU mehr Missionen im Bereich Rechtstaatlichkeit, Polizei und Militär unter dem Mandat der Vereinten Nationen übernimmt. Kapazitäten dafür müssen ausgebaut werden, die an einer präventiven Politik für friedliche Konfliktlösung ausgerichtet bleiben. Mit einer Friedensagentur für zivile Krisenprävention im zivilen Bereich wollen wir ein institutionelles Gleichgewicht zur Verteidigungsagentur schaffen.

Als ernstzunehmende globale Akteurin muss die EU die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sein und die dafür versprochenen Gelder auch zur Verfügung stellen. Vor allem muss sie mit gutem Beispiel bei globalen Fragen wie Klima- und Handelspolitik vorangehen. Ihre vielfältigen Instrumente gilt es besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden. Bestandteil jeglicher Politik muss die Förderung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit sein.

Die Europäische Union hat sich zu einem umfassenden, uneingeschränkten Flüchtlingsschutz bekannt. Dazu gehört, dass diejenigen, die Schutz benötigen, auch tatsächlich Zugang zur EU erhalten. An den EU-Außengrenzen werden weiterhin die Menschenrechte von Flüchtlingen, die meist aus Not und Verzweiflung aus ihrer Heimat nach Europa fliehen, auf brutale Weise verletzt. Wir Grüne wollen ein Gesamtkonzept, in dem neben der Migrationspolitik auch die Förderung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechten sowie die Entwicklungszusammenarbeit, eine faire Handels- und Agrarpolitik und ein nachhaltiger internationaler Umweltschutz zusammen gedacht werden.

## **VI. Grüne Prämissen globaler Kooperation – Gerechtigkeit und Fairness**

### **Gerechtigkeit**

Grüne Global Governance dient der globalen Gerechtigkeit. Wir setzen uns ein für eine gerechtere Welt, für menschliche Sicherheit weltweit.

#### **Verantwortung der Industrieländer**

Wir brauchen überzeugende politische Initiativen, um Fairness zu organisieren und zu stärken. Die Industrieländer müssen sich damit abfinden, einen Teil ihrer Macht abzugeben, und bei zentralen Themen wie dem Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen. Denn aktuell gibt es keine globale Chancengleichheit, sondern ein klares Machtgefälle. Die "schwächeren" Akteure müssen bei ihren Bemühungen unterstützt werden, ihre eigenen Kapazitäten und Gestaltungsmöglichkeiten für Entwicklung verantwortungsvoll auszunutzen. In aufstrebenden Staaten, die mit mehr Gewicht und mehr Selbstbewusstsein international agieren, liegt auch eine Chance.

## **Mitbestimmung weltweit**

Ebenso müssen Versuche, internationale Regulierung zu gestalten, möglichst inklusiv und demokratisch gestaltet werden. Nichtregierungsorganisationen (NGO), Zivilgesellschaft, Interessenverbände, soziale Bewegungen, Medien und Wirtschaft sind wichtige Kräfte bei der Gestaltung der Globalisierung und müssen beteiligt werden. NGOs sind unverzichtbar für das weltweite Monitoring staatlichen Handelns. Das gilt insbesondere für die nichtstaatlichen Akteure in Schwellen- und Entwicklungsländern, die oftmals bereits auf nationaler Ebene ausgegrenzt werden. Neue Formen der Süd-Süd-Kooperation und emanzipatorische zivilgesellschaftliche Bewegungen gilt es zu fördern.

Wir wollen die Mitbestimmung von Menschen weltweit stärken. Gezielte Menschenrechts- und Demokratieförderprogramme seitens privater und öffentlicher Stiftungen können dazu einen Beitrag leisten, wenn sie lokale Eigenverantwortung in den Mittelpunkt stellen. Ein zentraler Bestandteil globaler Politik ist die Fähigkeit zur Kommunikation auf Augenhöhe und zum Dialog zwischen Kulturen.

## **Subsidiarität und regionale Integration**

Global Governance soll keine Weltregierung schaffen. Für globale Regulierung muss generell das Prinzip der Subsidiarität gelten: Probleme die auf lokaler, staatlicher oder regionaler Ebene gelöst werden können, gehören auch dort hin. Dafür müssen regionale Lösungskompetenzen gestärkt und gefördert werden.

Herausforderungen, die die einzelnen Staaten nicht allein, sondern nur gemeinsam lösen können, müssen global angegangen werden. Trotz aller Eigeninteressen und Widerstände liegt es letztlich im gemeinsamen Interesse aller Staaten, dem Klimawandel und anderen globalen Problemen mit wirksamen Kompromissen und internationaler Verständigung gegenüberzutreten.

## **Politikgrenzen überwinden**

Die globalen Herausforderungen sind eng miteinander verbunden. So dient eine globale Energiewende der Klimagerechtigkeit, der Armutsbekämpfung, der Beendigung des Ressourcenwettlaufs und der Beendigung nuklearer Aufrüstung. Grüne Global Governance überwindet sektorales Denken und Handeln, indem sie Lösungsansätze zusammenführt und die Zusammenarbeit von Institutionen fördert. Dafür brauchen wir Strukturen und Mittel.

## **Globale Geschlechtergerechtigkeit**

Gute Genderpolitik ist kein Luxusthema, sondern ein notwendiges Element guter globaler Politikgestaltung. Frauen sind besonders mit negativen Seiten der Globalisierung wie Menschenhandel, Prostitution, Zwangsarbeit konfrontiert. Umgekehrt können wir den globalen Herausforderungen nicht wirksam ohne das ganz wesentliche Engagement von Frauen begegnen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Frauen mehr von der Globalisierung profitieren und stärker an ihrer Gestaltung beteiligt werden.

Gender Mainstreaming als Methode zur Prüfung von Geschlechtergerechtigkeit und Einführung einer Geschlechterperspektive in alle politischen Entscheidungen muss ein fester, überprüfbarer und von allen Seiten respektierter Bestandteil internationalen Engagements sein. Die VN-Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 mit ihren Vorschlägen, die von der Konfliktprävention über den aktiven Schutz von Frauen und Mädchen in Krisengebieten vor Gewalt bis hin zur Integration von Frauen in alle politischgesellschaftlichen Entscheidungsprozesse reichen, muss gestärkt werden. Die Perspek-

tive von Frauen muss bei der Gestaltung globaler Regulierung und Abkommen einfließen. Dafür muss Deutschland endlich mit gutem Beispiel vorangehen und einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 schaffen.